

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

124 (30.5.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinruderei R. Barth-Ettlingen
Kronenstr. 26, Fernruf 78. Postkassent. 1181 Karlsruhe
Verantwortlich für den politischen Teil: Erich Vabel-Rastatt
für den lokalen und literarischen Teil: R. Barth-Ettlingen
Druck: R. & S. Greifer, GmbH, Rastatt, Kaiserstr. 40/42
Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr. dringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1,80 RM; ausgl. Post-
gebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1,80 RM
Einzelnummer 10 Pfg. Im Falle höherer Gewalt hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter
oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur
bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 3 Reichspfennig. Sammel-
anzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig
Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung
Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtlicher
Veltreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und
Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 124

Dienstag, den 30. Mai 1933

Jahrgang 70

Einigung über den Viermächtepakt

Baldige Unterzeichnung zu erwarten

Berlin, 30. Mai. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.)
In London wird bestätigt, daß eine allgemeine Einigung
über den Mussolinischen Viermächtepakt zustande gekommen
ist und daß auch Deutschland seine Zustimmung zu dem letz-
ten Textentwurf gegeben hat. Man erwartet, daß, falls die
Aussprache in der französischen Kammer ohne Zwischenfälle
verläuft, die Unterzeichnung des Vertrages im Laufe des
Dienstag in Rom stattfinden wird.

Englische Stellen machen nunmehr kein Hehl mehr dar-
aus, daß England sich mit der Einbeziehung eines Hinweises
auf den Sanktionsartikel 16 des Völkerbundsstatuts in den
Mussolinipakt einverstanden erklärt hat. Die Nachricht, daß
dem Pakt ein Protokoll beigegeben werden soll, in dem die
französischen Vorbehalte in bezug auf keine Verpflichtungen
gegenüber seinen Verbündeten enthalten sind, scheint sich
nicht zu bewahrheiten.

Auch in Paris auf unterrichteten Kreisen rechnet man
mit Bestimmtheit damit, daß die Paraphierung des Vier-
mächtepaktes spätestens am Mittwoch mittag erfolgen wird.
Eine Stunde später ist die Veröffentlichung des Wortlautes
gleichzeitig in den vier beteiligten Hauptstädten vorzusehen.
Ministerpräsident Daladier soll gestern nachmittags in den

Wandlungen der Kammer erklärt haben, daß die Unter-
zeichnung des Vertrages aber nicht vor dem 9. Juni statt-
finden werde.

Abrüstungsverhandlungen

auch während der Weltwirtschaftskonferenz?

Genf, 30. Mai. Der französische Außenminister Paul Bon-
cour ist am Montag nach einstäglichem Aufenthalt in Paris
nach Genf zurückgekehrt. Der englische Außenminister Sim-
on und der französische Ministerpräsident Daladier sollen,
wie verlautet, Ende der Woche nach Genf kommen. In eng-
lischen und amerikanischen Kreisen ist jetzt neuerdings der
Plan aufgetaucht, die Abrüstungskonferenz unabhängig von
den Londoner Verhandlungen weiterzuführen oder lediglich
für zehn oder vierzehn Tage während der Hauptausprache
der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zu verschieben. All-
gemein wächst jedoch die Tendenz, die Konferenz auch den
Sommer hindurch weiter fortzuführen, um so schnell wie
möglich zu einer Entscheidung zu gelangen.

Die auf Montag angelegten Verhandlungen des Völker-
bundes über die von einem Herrn Bernheim unterzeichnete
fälschliche Minderheitenbeschwerde aus Oberösterreich mußte zu-
nächst auf Dienstag verschoben werden.

Der nationalsozialistische Sieg in Danzig

Der entschiedene Sieg der Nationalsozialisten bei den
Neuwahlen zum Danziger Volkstag hat bewiesen, daß nichts
die politische Gleichhaltung Danzigs mit dem Reich hat
aufhalten können. Trotzdem die Danziger Sozialdemokratie
und die ihr unterstellten freien Gewerkschaften in landes-
verräterischer Weise versuchten, sich den politischen Verbän-
den zu unterstellen, um sich damit dem Zugriff der unter-
neuer, d. h. nationalsozialistischen Leitung stehenden reichs-
deutschen Gewerkschaften zu entziehen, und trotzdem sie ihre
Zusucht zu ungemein gefährlichen Wahlmethoden nahmen,
die leicht weitgehende außenpolitische Folgen hätten haben
können, hat der ruhige Verlauf des Wahltages gezeigt, daß
die Bevölkerung Danzigs äußerste Disziplin bewahrt hat
und damit dem von den Polen in letzter Zeit so gern und
oft erhobenen Geschrei über die unheimlichen Zustände im
Freistaat wirksam entgegengetreten ist.

Das Wahlergebnis ist für Danzig und auch für Deutsch-
land von großer Bedeutung. Es beweist, daß seit dem Um-
schwung im Reich die Anziehungskraft der NSDAP noch
mehr gestiegen ist, was sich zahlenmäßig am klarsten in
diesem fast ausschließlich von Deutschen bewohnten Staats-
wesen ausgedrückt hat.

Wichtiger aber ist die Tatsache, daß Danzig dasjenige
Volkwerk des Auslandsdeutschentums ist, das in der letzten
Zeit am meisten gefährdet und bedroht war. Mehr als ein-
mal richtete sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf
diesen Wetterwinkel Europas. Man studierte die nicht ab-
brechende Kette polnischer Angriffe gegen Danzigs Selbstän-
digkeit! Erinnert sei nur an den letzten Vorfall, an die
Landung polnischer Truppen auf der Westplatte. Wenn
auch diese mehr politischen Angriffe zurückgewiesen werden
konnten, so haben sich die Dinge im Freistaat Danzig auf
wirtschaftlichem Gebiet mehr und mehr zuspitzt. Nach den
letzten Nachrichten hat die polnische Regierung am 15. Mai
d. J. eine neue Sperre für Danziger Warenlieferungen ver-
fügt, die nicht der gegen den Friedensvertrag verstoßenden
Forderung Polens auf Kontrolle durch polnische Zollinspek-
toren unterworfen wurden. Ja, die Firmen, die sich bereits
einer Kontrolle unterworfen haben, um überhaupt existieren
zu können, und die durch kleinlichste Schikanen dieser Ex-
porterlaubnis wieder verlustig gingen, sollen, wenn sie sich
einer erneuten Kontrolle unterwerfen, die Kosten dieser Kon-
trolle zahlen. Die Danziger Wirtschaft soll also noch den
großen polnischen Zollapparat, der zu vielen Maßnahmen
nötig war, bezahlen. Die Zollunion wird durch diese ernste
Störung des Warenverkehrs illusorisch. Die Danziger Wirt-
schaft sieht sich völlig abgeschnitten von dem ihr im Friedens-
vertrag zugewilligten Hinterlande und ist dazu durch die
Zwangszollunion mit Polen von andern Ländern, besonders
von Deutschland, durch hohe Zollmauern getrennt.

Dazu kommt, daß das Problem Danzig-Gdingen in ein
entscheidendes Stadium getreten ist. Im Gegensatz zu
Deutschland, wo die Hoffnung auf wirtschaftliche Belebung
wieder da ist, werden hier die Aussichten auf baldige Besse-
rung geringer und geringer. Der wirtschaftliche Verfall
Danzigs durch die Konkurrenz des polnischen Hafens macht
riefige Fortschritte. Zwei Zahlen mögen das beweisen. Der
Gesamtumsatz vom 1. - 24. April 1933 betrug in Danzig
247 188 Tonnen, in Gdingen 301 344 Tonnen. Gdingen hat
also Danzig bereits überflügelt! Danzig steht über kurz
oder lang vor der Entscheidung, sich Polen zu beugen oder
einen Weg zu gehen, der von der bisherigen Linie grund-
sätzlich verschieden ist. Der Anfall der Wahlen hat gezeigt,
daß in Danzig trotz aller Schikanen, trotz des niederdrückenden
wirtschaftlichen Glanzes der Mut, durchzuhalten, eher
stärker als schwächer geworden ist.

Welcher Weg kann eingeschlagen werden? Annäherung
an Deutschland und damit der auf das allerjährlige aufzu-
nehmende Kampf gegen die Konkurrenz Gdingens, das ist
das einzig Mögliche! Danzig allein kann sich nicht helfen.
Dazu sind dieser „freien Stadt“ im Friedensvertrag zu sehr
die Flügel beschritten worden. Ihre Bewohner sind Deutsche
und können nicht anders handeln und denken als deutsch.
Hilfe kann deshalb nur Deutschland bringen. Wirkliche
Hilfe aber nur das neue Deutschland, das jetzt erkanden
ist. Das frühere Deutschland ist bei seiner innerpolitischen
Schwäche selbst bei gutem Willen (der mitunter auch fehlte
nicht in der Lage gewesen, Danzig tatsächlich zu helfen. Di-
Neuwahlen sind der Ausdruck von Danzigs Wunsch, anzu-
schließen mit diesem neuen Deutschland zusammenzukommen und sich
ihm, soweit es möglich ist, zu nähern. Der Sieg der Natio-
nalsozialisten hat dieses Problem verwirklicht, denn jetzt ge-
hören die politischen Führer Danzigs demselben Ideenkreis
wie die Führer Deutschlands an. Das Nichtanerkennen die-
ser politischen Notwendigkeit, dieser Forderung völlig neuer
Verhältnisse, ist der Fehler der letzten Danziger Regierung
gewesen, der zu ihrem Sturz führte.

Die Neuwahlen haben alle diese Hemmnisse beseitigt. Die
Annäherung Danzigs an Deutschland wird so stark sein, daß
in Zukunft die Außenpolitik Danzigs im wesentlichen von
Berlin aus gelenkt werden wird. Dadurch wird es Danzig
möglich werden, den Kampf gegen die erzwungene Konkur-

38000 Mann Schutzpolizei werden zur Heeresstärke angerechnet

Grundsätzlicher deutscher Vorbehalt

Genf, 30. Mai. Der Effektivauschuss der Abrüstungs-
konferenz hat gestern den Bericht an den Hauptauschuss über
den militärischen Charakter der Polizei abgeschlossen. In
dem Bericht wird festgestellt, daß von der gesamten deutschen
Schutzpolizei die kasernierte Bereitschaft in Höhe von 34 000
Mann, die Polizeianwärter in Höhe von 4000 Mann bei der
endgültigen Festlegung der deutschen Heeresstärke in Anre-
chnung gebracht werden sollen. Jedoch ist in dem Bericht auf
Grund eines englischen Vorschlags ein gewisser Kompromiß
dahin aufgenommen worden, daß jeder Staat berechtigt ist,
von den als militärischen Charakter erklärten Polizeikreit-
kräften einen Teil in Höhe von 10 v. H. der nationalen
Armeen in Anrechnung zu bringen. Gegen diesen von der
Mehrheit des Ausschusses angenommenen Bericht ist von

deutscher Seite ein grundsätzlicher Vorbehalt bezüglich der
militärischen Bewertung der Polizei eingelegt worden, weil
„der Ausschuss sich bei seinen Entscheidungen nicht immer in
gleicher Weise an die festgelegten Kriterien gehalten und ein-
zelne Fälle nach verschiedenem Maßstab, besonders unter Ver-
schiebung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Län-
der, behandelt hat.“

Der deutsche Vorbehalt löste eine heftige Aussprache aus
und besonders die französische Staatsgruppe protestierte.
Von deutscher Seite wurde noch einmal in groben Zügen die
Entwicklung seit dem Weltkrieg dargelegt und festgestellt, daß
in Frankreich auf 1000 Mann der Bevölkerung 9 Soldaten,
in Belgien 8, in Polen 7, in Deutschland hingegen nur 1 1/2
Soldaten kommen.

Zeppelin-Landung in Rom

Rom, 30. Mai. Das in Rom mit Spannung erwartete
Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat gestern, nachdem es um 11.30
Uhr bei anziehendem Sturm über Genua gestrichelt worden
war, um 16.30 Uhr die italienische Hauptstadt erreicht und ist
wenige Minuten später über dem Militärflughafen Ciampino
eingetroffen.

Nachdem „Graf Zeppelin“ um 16.15 Uhr über dem Weich-
bild der Stadt Rom erschienen war traf er um 16.30 Uhr
über dem Flughafen Ciampino ein. Infolge harter Boden-
winde unterblieb die Landung jedoch zunächst und das Luft-
schiff zog zunächst noch einmal zwei große Schleifen. Unter-
dessen waren auf dem Flughafen der König, der Luftfahrtmini-
ster Balbo und Reichsminister Dr. Goebbels mit seinem Ge-
folge eingetroffen. Das Feld war von einer großen Men-
schenmenge umsäumt, darunter etwa tausend Deutsche. Bei
schönem Wetter landete das Luftschiff kurz nach 18 Uhr zur
Landung an, die unter dem Jubel der Bevölkerung glatt
von statten ging. Der König, Luftfahrtminister Balbo, Reichs-
minister Goebbels und der deutsche Botschafter befreiten die
Führerabteilung, die einachsend befristet wurde. Es war in-
zwischen schon zu spät geworden, daß Reichsminister Goebbels
und Minister Balbo an dem Rundflug über Rom zufolge
anderweitiger Verpflichtungen nicht mehr teilnehmen konn-
ten. An ihrer Stelle nahm das Luftschiff andere Gäste auf.
Nach etwa einhalbstündigem Flug erfolgte um 19.15 Uhr
die zweite Landung der bald darauf der Start zur Heim-
reise nach Friedrichshafen folgte. An dem Flug nach Rom
haben zahlreiche Pressevertreter, darunter auch italienische,
teilgenommen. Die römischen Abendblätter berichten bereits
in großer Aufmachung über den Besuch des deutschen Luft-
schiffes.

Ergänzend ist noch zu melden, daß bei dem Empfang des
„Graf Zeppelin“ auch Marineminister Siriani und Kriegs-
minister Caviglioglio zugegen waren.

Reichsminister Goebbels vom italienischen König und von Mussolini empfangen

Rom, 30. Mai. Gestern vormittags gegen 8.30 Uhr kam
Reichsminister Goebbels in Begleitung seines persönlichen
Adjutanten Hanke, des Prinzen von Schaumburg-Lippe und
mehrerer Vertreter der deutschen Presse in Rom an. Zu
seiner Begrüßung hatte sich der deutsche Botschafter von
Gassel mit dem gesamten Personal der Botschaft, der Bot-
schaftsleiter Klee von der deutschen Botschaft am Vatikan die
Führer der nationalsozialistischen Ortsgruppe Rom sowie
zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie eingefunden.
Von italienischer Seite waren der Chef des Protokolls im
Außenministerium sowie ein Vertreter des Gouverneurs
vom Rom erschienen.

Rom, 30. Mai. Reichsminister Goebbels besuchte gestern
vormittags zuerst den Staatssekretär im Auswärtigen Amt,
Suvich, dann den italienischen König im Quirinal und an-
schließend den Chef der Regierung Mussolini, im Palazzo
Venezia. Um 13.30 Uhr fand ein Frühstück statt, das der
Präsident der Konföderation der aktiven Arbeiter, Bodrero
zu Ehren des Ministers Goebbels gab. Es wurden kurze
Trinksprüche ausgetauscht, in denen Bodrero und Goebbels die
engen kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und
Italien, und zwar nicht nur in der Vergangenheit, wie
Reichsminister Goebbels besonders betonte, sondern auch für
die Zukunft besonders hervorhob.

renz Göttingens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wirksam aufnehmen zu können. Es muß endlich eine Generalvereinbarung aller zwischen Danzig und Polen bestehenden Streitigkeiten stattfinden und eine endgültige Lösung aller der Schwierigkeiten gefunden werden, die durch das Mißgelingen der Verträge seitens Polens entstanden sind. Mit dem Gefühl, daß Deutschland hinter ihm steht, wird dieser Kampf voller Mut und Glauben an eine bessere Zukunft ausgetragen werden.

Es geht bei diesen Geschehnissen um das Schicksal von 400 000 Deutschen, die gegen ihren Willen von ihrem Vaterlande getrennt wurden. Wer weiter sieht, wird wissen, daß der Fortbestand dieses deutschen Volkswerts für die Zukunft Deutschlands von größter Bedeutung ist. Denn hier wird um den Raum für Deutschland gekämpft, der einmal Aber-tausenden von deutschen Bauern Platz und Arbeit neben wird.

Die Mandatsverteilung im kommenden Danziger Volkstag

Danzig, 30. Mai. Aufgrund des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses wird sich, wie von amtlicher Stelle nunmehr bekannt gegeben wird, der Volkstag wie folgt zusammensetzen:

Nationalsozialisten	38 Mandate
Sozialdemokraten	13 Mandate
Kommunisten	5 Mandate
Zentrum	10 Mandate
Kampffront (bnatl.)	4 Mandate
Polen	2 Mandate

Nach einer amtlichen Ausrechnung erhalten aufgrund der Verteilung der Reststimmen, also die Nationalsozialisten ein Mandat mehr und das Zentrum ein Mandat weniger als ursprünglich errechnet worden war.

Der Präsident des Danziger Landbundes, Dr. Raubing, der von der NSDAP als zukünftiger Senatspräsident ausgerufen ist, erklärte in Berlin, der Sieg der Nationalsozialisten sei erfolgt worden gegenüber einer außerordentlich schweren außenpolitischen Bedrohung. Die NSDAP sei bereit, bei der Regierungsbildung mit den Deutschnationalen und dem Zentrum zusammenzugehen.

Der Eindruck der Danziger Wahlen in Frankreich

Paris, 30. Mai. Die Wahlen in Danzig werden von der französischen Presse als ein großer Erfolg der Nationalsozialisten bezeichnet. Ueber die Auswirkungen dieses Erfolges liegt am Montaigneplatz aber nur ein Kommentar der halbamtlichen französischen Nachrichtenagentur Havas vor. Man könne gewiß sein, so heißt es darin, daß die Beziehungen zwischen Danzig und Polen sich in Zukunft nach dem Willen der Reichsregierung gestalten würden. In polnischen Kreisen lege man jedoch einen gewissen Optimismus an den Tag und unterbreite vor allem den Zusammenbruch der Deutschnationalen Partei, die während der ganzen Wahlkampagne heftig gegen Polen propagiert habe. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Nationalsozialisten Polen gegenüber gewisse Versicherungen abgegeben hätten, die eine Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen nicht ausgeschlossen machten.

Mißbräuche eifriger Franzosenfreunde

Saarbrücken, 30. Mai. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, werden monatlich in steigender Anzahl deutsche Bergarbeiter aus dem im Saargebiet liegenden Kohlenrevier entlassen. Es sind jetzt 250 Arbeiter, die monatlich im Saargebiet entlassen werden. Die Entlassungen, die angeblich wegen Personalabbau erfolgen, geschehen aber einzeln und allein unter dem Gesichtspunkt, die im Saargebiet lebenden Deutschen bis zur Volksabstimmung nach und nach zu vertreiben. Es handelt sich hier offensichtlich um die emsige Tätigkeit übertriebener Franzosenfreunde, die ihre Stellung zu beratenden Maßnahmen mißbrauchen.

Es ist auch beachtenswert, wie verschiedenartig die einzelnen Gewerkschaften im Saargebiet behandelt werden. Während der freien Gewerkschaft in jeder Weise weitgehendste Entgegenkommen gezeigt wird, wird den christlichen Gewerkschaften schon des öfteren mit Maßregeln gedroht, falls sie sich den Franzosenfreunden nicht willfährig zeigen. Die NSDAP steht im Saargebiet sogar kurz vor ihrem Verbot.

Auch aus der saarländischen Beamtenenschaft ist man bestrebt, die Deutschen auszumerzen. So rechnet man bereits in aller Kürze mit der Entfernung des deutschen Polizeidirektors von Saarbrücken.

Strasbourg...

Ein tröstlicher Militärroman aus der Vorkriegszeit von Anton Schwab

82)

Jeden Tag liegt sie Hella in den Ohren, bis es dem Mädel zu bunt wird und bis sie sagt: „Lante, wenn du jetzt noch ein Wort in der Angelegenheit sagst, dann gehe ich morgen zu Lante Bertha!“

Da gibt sie nach. Zu Lante Bertha! Das fehlte noch! Zu der Schwester, die sich vergaß und einen einfachen Bürgerlichen heiratete, wenn es auch eine gute Partie war.

Lante Bertha... das war die richtige. Hella geht viel in Dresden spazieren. Eines Tages kommt sie in die Bildergalerie, wo in einem Sonderraum moderne Gemälde ausgestellt sind.

Sie merkt an der Aufregung des Galeriedieners, daß etwas besonderes los sein muß.

Was ist los? Friedrich August, der König von Sachsen, beschäftigt die ausgestellten Gemälde. Es hat lange gebraucht, bis man ihn dazu gebracht hat.

Hella sieht, wie der König mit seinem Gefolge vor einem Bilde steht und es aufmerksam betrachtet.

Eben schiebt der Professor, der der Galerie vorsteht, einen schmächtigen jungen Mann vor den König und sagt: „Majestät, das ist der Maler des Bildes!“

Friedrich August sieht den jungen Mann an. Dann nickt er und sagt: „Sie sind der Maler von dem Bilde?“

„Jawohl, Majestät!“

„Nu... hör'n Sie mal, warum mal'n Sie denn da den Himmel so grün und die Wiese blau?“

„Majestät, ich bin Künstler, ich sehe das so!“

Friedrich August nickt tiefinnig.

Dann sagt er mit sanftem Vorwurf: „So, das sehn Sie so? Warum sind Sie denn da Maler geworden?“

Gläubiger-Konferenz tagt

Eine ernste Mahnung des Reichsbankpräsidenten

Berlin, 30. Mai. In den Räumen der Reichsbank haben gestern 10 Uhr vormittags die Transfer-Besprechungen zwischen Vertretern der Auslandsgläubiger und Vertretern der deutschen Reichsbank begonnen, in denen die Frage geklärt werden soll, inwieweit die deutschen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland in fremder Währung abgeführt werden können. Obwohl es sich zunächst nur um informatorische Besprechungen handelt, wird man doch in kurzer Zeit mit entscheidenden Maßnahmen in der Transferfrage zu rechnen haben.

Berlin, 30. Mai. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Wenn die Besprechungen der Auslandsgläubiger in Berlin auch nicht sofort zu irgend welchen Beschlüssen führen werden, weil die Zusammenkunft mehr informatorischen Charakter trägt, so wird doch die ernste Mahnung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ihren Eindruck nicht verfehlen. Mit unmißverständlichen Worten hat Dr. Schacht darauf hingewiesen, daß die schwere Krise der Wirtschaft, sowohl der deutschen wie der Weltwirtschaft, ihren Ursprung in den Tributen habe. Da die Tributpolitiker immer wieder auf Reparationen bestanden hätten, so sei Deutschland nichts anderes übrig geblieben.

als für die deutsche Wirtschaft bestimmten Auslandskredite zu Reparationen zu verwenden. Von den rund 30 Milliarden Auslandskrediten habe Deutschland weit über die Hälfte zu diesem Zweck verwenden müssen.

Seit dem Tributmoratorium habe Deutschland nicht weniger als 10 Milliarden RM. Auslandskredite wieder zurückgezahlt.

Das beweise den guten Willen und die Anständigkeit der deutschen Wirtschaft es sei dies aber nicht ohne schwere Schädigung vor sich gegangen. Man könne eben einem so komplizierten Wirtschaftssystem, wie dies die deutsche Wirtschaft sei, nicht ungekürzt 10 Milliarden RM. entziehen. Auch habe man sich keine Gedanken darüber gemacht, daß die Rückzahlung nicht erfolgen konnte, ohne eine schwere Schwächung der Reichsbank. Der Gold- und Devisenbestand einer Notenbank sei zu Deckungszwecken bestimmt und nicht dazu da, zur Bezahlung von Schulden verwandt zu werden. Die Stillhalteabkommen hätten die drohende Katastrophe immer nur weiter hinausgeschoben, sie aber nicht geheilt. Der Devisen- und Goldbestand der Reichsbank sei heute so weit herabgesetzt, daß die Reichsbank in den Gold- und Devisenmarkt nicht mehr regulierend eingreifen könne.

„Sie haben die Reichsbank aktionsunfähig gemacht!“ schloß Dr. Schacht seine Rede, „und es besteht heute die Gefahr, daß die Reichsbank-Reserve auf Null zusammenschrumpft. Wenn wir diese Dinge so weiterlaufen lassen, kommt die Reichsbank in die Gefahr, daß sie den Verkauf von Reichsmark im Ausland nicht mehr verhindern kann, d. h. wir kommen mit Sicherheit in ein offizielles Disagio der Reichsmark hinein und erleben eine neue Entwertung der Reichsmark. Die Reichsbank ist jedoch nicht gewillt, eine solche Entwicklung zuzulassen!“

Bisanzler von Papen über die Freiheit im antiliberalen Staat

Bonn, 30. Mai. Aus Anlaß der Anwesenheit des Bisanzlers von Papen in Bonn veranstalteten die Universität und die Stadt Bonn in der Beethoven-Halle einen Festakt, bei dem Bisanzler von Papen die Hauptrede hielt.

Bisanzler von Papen, der auf der Fuhrg vor kurzem über das „Deutschtum und Europa“ gesprochen hatte, legte sich mit dem Brennpunkt, staatsphilosophischen Problem der Gegenwart, nämlich der Freiheit, auseinander. In seiner Rede suchte er Ziel und Sinn der Zeitenwende zu klären.

„Die Freiheit ist dem deutschen Volke so gefährlich geworden, weil die überdemokratische Verfassung von Weimar keine Zusammenfassung der staatlichen Kräfte von oben, also keine Gegenwirkung gegen die von unten kommende Zersplitterung ermöglichte. Die schlimmste Gefahr der Demokratie ist aber das Vorhandensein der politisierten Masse, in deren Stimmzettel das Schicksal des Staates gelegt wird. Wer sich ihrer bemächtigt, kann mit einem Volke und einem Staate machen, was er will. Fast zwei Menschenalter haben wir darunter gelitten, daß dieses Spiel mit den Volksmassen den gesamt-nationalen Willen lähmt. Zwar ist es der Nationalsozialisten geglikt, die Massen für den Staat zu gewinnen,

aber es wäre geradezu ein Verbrechen, die Zukunft nochmals dem Spiel der freien Kräfte zu überlassen.

Auch dann wäre dieses Spiel gefährlich, wenn lediglich durch eine Erziehungsdiätur die innere Einheit des Volkes wiederhergestellt werden soll. Denn die allgemeine Nationalisierung eines Volkes bleibt noch nicht die letzte Sicherheit für den völkischen Zusammenhalt. Dieser kann nur durch eine Erziehung erreicht werden, die das Erlebnis von Volksgemeinschaft und Staatlichkeit im Einzelnen lebendig macht. Dies ist aber nur möglich in freier Entscheidung, nicht im Zwange. Der deutsche Mensch muß die Werte seines Volkstums und seiner Geschichte erleben, dann ist er volks- und staatsbejahend.

Die Gefahr der Demokratie wird am besten gebannt durch die Lösung der Wahl vom Partei- und Propagandaapparat. Dann wird auch das freie Wort harmlos.

In der Berufs- und gebietsständischen Ordnung wird gewährt nach Ansehen, Qualität und bindender Führerkraft der bodenkundlichen Persönlichkeit. Wird die Urwahl auf die kleinsten Zellen beschränkt, dann behalten wir die Intimität der Masse aus, ohne den Einzelnen zu benachteiligen. Ebenso wirkt ein starker Staatswille von oben zusammenfassend und forrierend auf die von unten strömenden Kräfte. Die Freiheit des Wortes ist dann ungefährlich und ist nur einzuschränken, wenn sie den inneren Frieden oder die neuen verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates bedroht.

Eine eindeutige Umkreisung des antiliberalen Freiheitsbegriffes ist in dem Satze „Der Einzelne ist nichts, die Gemeinschaft ist alles“ keineswegs enthalten. Denn dieser Satz ist kollektivistisch und geht über das Individuum hinaus.

Die natürlichen Gemeinschaftsformen wie Familie, Stand und Volk umfassen den Einzelnen nicht nur als Individuum, sondern als Person. Sie sind soziologische Formen der Freiheit, während die Kollektivformen solche der Willkür sind. Die Gleichmacherei und die Proletarisierung sind Ausfluß des Strebens, die Person zu entpersönlichen, sie damit der freiheitlichen Entscheidung und des göttlichen Funkens zu berauben.

Die letzte Lösung des Freiheitsproblems im antiliberalen Staat beruht also nicht auf dem Mittel der künstlichen Beschränkung der Freiheit, die nur vorübergehend sein darf. Sie beruht vielmehr auf der relativsten Wiedergeburt, auf der Durchbringung unserer kollektivierten Welt mit personalem Geist.

Dies liegt die christliche Aufgabe der deutschen Revolution und die Lösung des Freiheitsproblems.

Wie gemeldet wird, ist der Reichsrat für Donnerstag, den 1. Juni 17 Uhr zu einer Vollversammlung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht neben zahlreichen kleineren Vorlagen eine Aenderung der Ausschussvorschriften zum Reichsbeschaugesetz. Am Donnerstagvormittag werden die Ausschüsse des Reichsrats Vorberatungen abhalten.

Betretene Gesichter des Gefolges.

Aber ein helles Mädchenlachen zerreißt das peinliche Schweigen. Der König blickt sich um und sieht Hella vergnügt an.

Dann tritt er zwei Schritte auf sie zu und sagt: „Sind Sie auch Malerin?“

„Nein, Majestät, ich bin die Tochter des Obersten von Kalemberge von den 105ern.“

Friedrich August reicht ihr die Hand. „Vom Kalemberge die Tochter? Und sind in Dresden zu Besuch? Was macht denn der Herr Papa?“

„Der kommandiert, Majestät... und mich hat er auch nach Dresden abkommandiert!“

„S is hier auch ganz scheene!“ sagt der König gut gelaunt. „Läßt mich denn der Herr Papa grüßen?“

„Jawohl, Majestät! Sogar recht herzlich! Auch ein anderer läßt Sie noch grüßen!“

„Wer denn?“

„Der arme Herr Spielmann... der immer noch darauf wartet, daß ihn Majestät wieder nach Dresden zurück-holen!“

Der König schmunzelt über das ganze Gesicht. „Der gute Spielmann! Hahaha, der mag nur noch'n bißchen dort unter bleiben!“

„Aber Majestät!“

Da nimmt Friedrich August ihren Arm und sagt: „Sie müssen mir'n bißchen von Strasbourg erzählen, Fräulein von Kalemberge... komm' Sie... wir gehn mal'n bißchen zwischen die Bilders durch.“

Er entfernt sich mit ihr vom Gefolge und gemeinsam wandern sie durch die Säle.

„Von Kunst versteh ich nich' die Welt!“ sagt August „von den Modernen schon gar nichts! Bei mir muß'n's vom Himmel auch blau sein und 'ne rote Nase auch nich' wahr, das is doch richtig!“

„Jawohl, Majestät!“

„Na, nun majestäten Sie nich' so viel, sondern jetzt erzählen Sie mir mal ein bißchen was von Spielmann! Wie geht's ihm?“

„Soweit ganz gut, Majestät!“

„Süßlicher Bengel, was? Fällt sogar als Soldat auf!“

„Ja, Majestät!“ strahlt Hella über das ganze Gesicht. Friedrich August droht leicht mit dem Finger. „Mädelchen... Mädelchen... da is was nicht in Ordnung!“

„Als wie bei mir, Majestät?“ fragte Hella mit blühenden Augen. „Alles in Ordnung... nur, daß Sie Spielmann als Soldaten dienen lassen, das ist nicht in der Ordnung!“

„Ja... das geht nun mal nicht anders! Sie haben ihn wohl gerne?“

Hella wurde über und über rot. „Ach ja, Majestät... aber Papa... der will nicht!“

Der König nickte herzlich lachend. „Der will nicht! hm... was kann man denn da tun?“

„Majestät, wäre es etwas so furchtbar Schlimmes, wenn eine Oberstentochter den Hofchauspieler Spielmann heiratet?“

„Bewahre! Das ist nichts Schlimmes!“

„Ach, Majestät... sagen Sie das doch meinem Vater einmal! Mir glaubt er es nicht!“

Majestät schüttelt den Kopf. „Wo haben Sie denn Spielmann kennen gelernt?“

„Auf der Eisenbahnfahrt, Majestät!“

„Ja, mein Fräuleinchen... das ist eine fitzliche Sache. Haben Sie denn schon mal mit 'n Spielmann drüber gesprochen, will er Sie heiraten?“

„Ach ja, Majestät... er hat mich lieb und er hat's versprochen, mich heimzuholen!“

„Donnerwetter... das hat er gesagt? Mädel, Sie ham aber ein Glück! Das hat er doch gesagt? Das hätt' ich nicht gedacht! hm... ich meine doch nur... weil... der... der Spielmann natürlich... weil der immer so ein Weiberfeind war! Also jetzt ein Wort über dreie... ich fahre nach Strasbourg! Machen Sie! Quälen mich schon lange, daß ich mal runtergondle! Und da werde ich mal sehen, was sich tun läßt!“

„Majestät sind so güutig!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Ettlingen-Stadt und Land

Ein denkwürdiges Berufsjubiläum

Am 1. Juni d. J. sind 40 Jahre vergangen, seit unsere Ettlinger Mitbürgerin Frau Anna Schröder (Eberle) den Beruf als Hebamme ergriffen hat. Ihre Ausbildung beendete sie im Jahre 1893 auf der badischen Hebammenschule in Heidelberg mit der Note „ausgezeichnet“. Seit ihrem 27. Lebensjahre betätigt sie sich in dem erwähnten Berufe mit Fleiß und anerkannter Gewissenhaftigkeit, in dem verantwortungsvollen Bewußtsein, der Volksgemeinschaft wichtige Dienste zu leisten. Gilt es doch das Wohl und Wehe der werdenden Mütter und der Jugend. Die Jubilarin hat im Laufe dieser 40jährigen Berufstätigkeit manch wechselvolles Schicksal erlebt, sowohl an sich, als auch bei vielen Wöchnerinnen, die sie zu betreuen hatte. Mit allen Rücksichten kam sie in Berührung, mit Geburtsfällen im Zigeunerwagen bis zu den vornehmsten Familien. In den weltläufigsten Fällen konnte sie erfreulicherweise feststellen, daß die neu angekommenen kleinen Erdenbürger von Eltern und Geschwistern in freudigem Glücksgefühl erwartet und begrüßt wurden. Für Frau Schröder galt es somit an manchen Freude teilzunehmen. Aber auch Not und Entbehrungen vieler Volksgenossen haben sich bei ihrer Tätigkeit gezeigt. Manche Familie weiß ihr Dank, daß sie deren Not geteilt, geheilt, oder doch wesentlich gemildert hat. Hierbei darf gebührend gewürdigt werden, daß der Hebammendienst neben Eifer, Freude und Liebe zum Berufe, eine feste Bereitschaft erfordert zu jeder Tag- und Nachtstunde, bei Wind und Wetter. Sich einzusetzen, ohne Vorbehalt, verlangt das Gebot der Pflicht. Alle diese Aufgaben hat die Jubilarin bis heute getreu und redlich erfüllt. Auf besonders harte Probe war sie in einem Falle gestellt zur Zeit des großen Brandes 1904 in der Durgasse. Aus stark brennendem Hause hatte sie mit Hilfe eines seinerzeit ortsanfässigen Italieners namens Angelo Novero, eine Wöchnerin, die nach Lage der Dinge in ihrer Hilfslosigkeit sich aufgeben mußte, samt Säugling aus toträngender Flamme geborgen. Manche Brandwunden, welche beide tapferen Retter dabei in Kauf nehmen mußten, sicherte ihnen das beständige Gefühl, die Pflicht erfüllt zu haben, und auch selber auf Beistand anderer rechnen zu können, wenn es die eigene Not einmal erfordern sollte. Mit herzlichem Dank an beide Retter sei diese wackere Tat bei dieser Gelegenheit wieder der Vergessenheit entzogen. — Not- und Kriegszeiten brachten besondere Eindrücke im Hebammenberufe mit sich. Wie viele Fälle, wo die Mutter mit dem neugeborenen kleinen Wesen allein auf sich angewiesen war, während der Vater als Soldat im Felde die Heimat verteidigte, waren zu verzeichnen. Mancher brave Vater ruhte bereits in kühler Erde in Feindesland, ehe das erwartete Kind zur Welt kam. Solch sorgenvolle Zeit verfuhrte die Jubilarin auch nach Kräften zu mildern. Viele Fälle waren nicht vereinzelt, bei denen sie zur werdenden Mutter gerufen wurde, der man aus gebotener Rücksicht die leidvolle Nachricht, daß der Gatte und Vater den Selbsttod vor kurzem gefunden, zunächst vorenthielt, bis die junge Mutter außer Gefahr, die ganze Tragik einer Feldpostnachricht über das Schicksal des Gatten vernehmen konnte. Alle Ehre, auch für erweiterte Aufgaben des Hebammenberufes, die sich in ihren Einzelheiten nicht ins Licht der Öffentlichkeit drängen, verdienen, welche die Angehörigen dieser Berufsgruppe im Innern feigen und zur ganzen Persönlichkeit gestalten. Die kleinen Kinder, die seit Beginn der Laubbahn als Hebamme von Frau Schröder in Verührung kamen, sind heute vielfach Mütter und manche selbst Großmütter geworden, denen sie wiederum Dienste tut an Kindern und Enkeln. Eine recht stattliche Anzahl von über 4000 Geburtsfällen, welche Frau Schröder feisther betreute, bewegte die dazu, auch ihrerseits der Kinder — der Jugend des Volkes — zu gedenken, indem sie in hochherziger Weise im vergangenen Jahre eine Statue der „Hl. Theresia von Lisieux“, stiftete, in Edelmaterial ausgeführt, welche einen würdigen Platz an der Klein-Kinderschule des Ettlinger Kathol. St. Theresien-Gebäudes einnimmt. Den Kindern zur besonderen Freude und allen zur Erbauung.

Möge unser 16. Mitbürgerin, Frau Anna Schröder, welche heute im 68. Lebensjahre steht, doch auch weiterhin beruflich tätig bleiben, von einem glücklichen Geschick geleitet sein und bei bestem Wohlfühl noch lange Jahre ihrem Wirkungskreis wie auch ihrer Familie erhalten bleiben. Im engen Familienkreis gedenkt die Jubilarin eine schlichte Feier abzuhalten. Im Rückblick auf ihre lange Berufsausübung, im Dienste für Mutter und Kind, nicht minder zum Nutzen und Frommen eines Volkes sei ihr herzlich gewünscht, daß sie, als ihrer Mühe Preis, reichlichen Segen ernten möge. C. S. Pa.

Der Bürgermeister Dr. Potyka ist auf Antrag der politischen Kommissare von Baden-Baden durch den Reichsstatthalter Robert Wagner beurlaubt worden. Mit der Stadt Ettlingen, wo Dr. Potyka 9 Jahre als Bürgermeister amtiert hat, läuft noch ein Projekt beim Oberlandesgericht, aufgrund von Ansprüchen aus seinem Amtungsvertrag.

Falschgeld im Umlauf. Nicht nur falsche Zwei-Mark-Stücke werden — wie wir schon letzte Woche berichtet haben — zur Zeit in Ettlingen ausgelegt, auch falsche 1-Mark-Stücke sind in einer Geldrolle gefunden worden. Auch Silbermünzen aus der Friedenszeit werden immer noch abzutauschen versucht. Vorsicht ist daher am Platze, um vor Schaden bewahrt zu bleiben.

Feuerwehr-Fachschule. Zur gründlichen Ausbildung der Feuerwehr-Offiziere wird als Dauereinrichtung eine Feuerwehrfachschule für ganz Baden errichtet. Die Städte Durlach, Ettlingen und Schwetzingen bewerben sich darum, diese Fachschule zu erhalten.

Tourenfilm-Schau. Um es Jedermann zu ermöglichen, den historischen Großtonfilm „Die elf Schillingen Offiziere“ zu sehen, haben die Union-Viehspiele heute am letzten Spielabend kleine Preise eingeseht. Arbeitslose 30 Pfennig, 2 Pl. 50 Pfennig, 1 Pl. 70 Pfennig. Mittwoch geschlossen, Ab Donnerstag „Der weiße Dämon“ mit Hans Albers und Gertrud Maurus, Beginn 8.30 Uhr.

Der Gesangsverein „Freundschaft“ unternimmt an Pfingsten die geplante Saarreise. Da die Abfahrt schon in der Frühe erfolgt, wird um 5 Uhr Gelegenheit zum Kirchenbesuch in der Herz-Jesu-Kirche gegeben. Alle Teilnehmer müssen die Fahrkarten am Donnerstag oder Freitag lösen und erhalten dabei auch einen Reiseführer. Die vorgeschriebene Ordnung ist genau zu beachten.

Schach-Club Ettlingen

Die im Rahmen der nationalen Schach-Werbe-Woche am letzten Freitag im feierlich geschmückten Clublokal durchgeführte Werbeveranstaltung war ein voller Erfolg.

Sehr zahlreich hatten sich Mitglieder und auch Gäste aus dem großen unbekanntem Heer der Schachspieler eingestellt, um nach einer kurzen Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden Herrn Brichott den Worten des 1. Bundesvorsitzenden des Oberbayerischen Schachbundes, Herrn Theo Weisinger, zu lauschen.

Die sehr interessanten Ausführungen gipfelten in dem Bekenntnis, daß der Sturm, der a. St. über alles hinweggeht, auch das deutsche Schachleben in seinen Vannkreis gezogen hat und es höheren Zielen entgegengetragen wird.

Seine Vereinhaltung, die durch die Zusammenfassung aller schachlichen Vereine und Verbände zu einem großdeutschen Schachbund erfolgt ist, sei umso freudiger zu begrüßen, als gerade das Schach sich in diesen Jahren in einer Aufwärtsentwicklung befindet, wie verhältnismäßig kaum eine andere sportliche Disziplin und allein eine straffe Leitung in der Lage ist, die vielen Kräfte in eine einheitliche Richtung zu lenken. Die führenden Männer haben es sich zum Ziele gesetzt, in enger Zusammenarbeit mit Behörden, Presse und Mundfunk das Schach zu einem Gemeingut zu erheben und ihm, insbesondere durch Heranziehung der Jugend ev. als Schulfach, denjenigen Platz zu sichern, den es seinen erzieherischen und bildenden Elementen nach im Rahmen der allgemeinen Erziehungsbestrebungen verdient.

Anschließend gab Herr Weisinger kurzen theoretischen Schachunterricht mit einer schottischen Spieleröffnung bis zum Matt.

Annahme erfolgte durch den 1. Vorsitzenden die feierliche Uebergabe der Anmeldungsurlaube zum Großdeutschen Schachbund.

Mit einem dreifachen kräftigen Schach-Gruß auf unsern allverehrten Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg, Volkskanzler Adolf Hitler, Dr. Goebbels als Ehrenpräsident des Großdeutschen Schachbundes und den Bundesvorsitzenden Theo Weisinger schloß die feierliche Handlung.

Das nun folgende Simultanpiel, an 25 Brettern durchgeführt, brachte Herrn Weisinger einen vollen Erfolg. Er gewann 19 Partien, remiserte 5 Partien und verlor nur 1 Partie. Eine ganz hervorragende Leistung!

Einziger Sieger wurde unter 2. Vorsitzender Herr Giner, während die Herren Bell, Schulze, Springner, Schlee als Mitglieder des Ettlinger Schach-Clubs und noch ein Gäste-spieler ein Unentschieden erzwangen.

Das Sommerkleid

sieht besser,
wenn das Unterkleid aus Charmeuse ist!

Preislagen: 4⁵⁰ 3⁵⁰ 2⁹⁵ 2⁵⁰

A. STREIT

Zur Erhöhung der Fettpreise

Von der Handelskammer Karlsruhe gehen uns nachstehende Ausführungen zu: Bei den Bemühungen um die Wiederbelebung unserer Wirtschaft kommt es in erster Linie darauf an, der deutschen Landwirtschaft wieder eine ausreichende Existenzgrundlage zu verschaffen. Aus dieser Erkenntnis heraus mußten auch auf dem Gebiete der Fettwirtschaft Maßnahmen getroffen werden die den deutschen Bauern vor einer weiteren Verelendung schützen. An einem lebenskräftigen und gesunden Bauernstand haben alle Stände des deutschen Volkes ein besonderes Interesse, da von seinem Wohlstand auch das Wohlergehen der übrigen Berufsstände in aus-schlaggebender Weise abhängig ist. In den Worten des Volksmundes „dat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ liegt eine tiefe Wahrheit. — Um dem deutschen Bauernstand wieder zu dieser seiner ursprünglichen Bedeutung zu verhelfen, ist es notwendig, daß während einer Uebergangszeit, in der sich die deutsche Wirtschaft im Augenblick befindet, von den anderen Bevölkerungsschichten unter Umständen auch gewisse Opfer gebracht werden, da ohne die Uebernahme solcher Opfer die Wiederherstellung des Gleichgewichts unserer Gesamtwirtschaft nicht möglich ist. — Diese Gebankengänge muß sich jeder vor Augen halten, wenn heute von der Erhöhung der Fettpreise, vor allem auch der Preise für Butter, gesprochen wird. So bedauerlich für einzelne Kreise die Mehrausgabe sein mag, so gilt es auch hier zu berücksichtigen, daß wir alle Glieder eines Körpers sind und infolgedessen die Verpflichtung haben, als Einzelglied dieses Körpers unser eigenes Interesse nötigenfalls zurückzustellen, sofern dies zur Gesundung des Gesamtkörpers erforderlich ist; d. h. also mit anderen Worten, daß alle Kreise und jeder Stand die ernste Pflicht haben, sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe dem Volksganzen gegenüber bewußt zu sein und stets nach dem Grundsatz zu handeln, daß „Gemeinnutz vor Eigennutz“ zu gehen hat.

Um- und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Der Beauftragte des Reichsverkehrsministers für den öffentlichen Nahverkehr, Dr. Erich Lübbert, und sein händiger Vertreter, Oberbaurat a. D. Dr.-Ing. K. A. Müller, haben der Presse folgende Verlautbarung übergeben:

Durch die Veranlassung eines Beauftragten für den öffentlichen Nahverkehr hat der Reichsverkehrsminister einen bedeutungsvollen Schritt zur Befriedigung der immer stärker hervortretenden Gegenstände im öffentlichen Verkehr und zum Aufbau einer umfassenden einheitlichen Umbildung des gesamten nationalen Beförderungssystems vorwärts getan.

Träger des öffentlichen Nahverkehrs sind im wesentlichen die Straßenbahnen, Kleinbahnen, Privatseilbahnen und Kraftverkehrsgesellschaften, in denen ein Kapital von rund drei Milliarden RM. angelegt ist und die in normalen Zeiten einen Jahresumsatz von rund einer Milliarde RM. aufweisen.

Diese 770 Verkehrsbetriebe befördern von den im gesamten öffentlichen Verkehr (einschl. Reichsbahn und Reichspost) jährlich beförderten rund 5 1/2 Milliarden Personen rund 65 Prozent, die Straßenbahnen allein rund 50 Prozent; fast 300 Millionen Personen entfallen auf die Kraftverkehrsbetriebe. Auf 21 000 Kilometer Gleisbetriebslänge — fast 39 Prozent der Gesamtbetriebslänge der Reichsbahn — werden menschenmäßig jährlich rund 20 Prozent der von der Reichsbahn beförderten Güter meist im Wechselverkehr mit dieser befördert. Der Fahrzeugpark der nicht-reichseigenen Schienenbahnen umfaßt rund 77 000 Einheiten, zu denen noch rund 6000 Kraftfahrzeuge hinzukommen. 150 000 Bedienstete sind in diesem wichtigen Wirtschaftszweig tätig.

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel haben die größte Bedeutung für die werktätige Bevölkerung, aber auch für bestimmte Industrien und vor allem für die Landwirtschaft, die von jeder ein treuer Freund der Kleinbahnen gewesen ist.

Die öffentlichen Nahverkehrsmittel, die sich überwiegend in öffentlicher Hand, der der Länder, Landkreise und Städte befinden, sind auch die Träger eines umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms, für das genügend durchgerechnete und begründete Projekte, deren Wirtschaftlichkeit nachweisbar ist, den Reichsbehörden bereits vorliegen.

Aufgabe des nunmehr vom Reichsverkehrsminister berufenen Beauftragten für den öffentlichen Nahverkehr ist es,

diesem Vorschläge für den Einbau dieses Verkehrszweiges in den großen Rahmen des gesamten öffentlichen Verkehrs zu unterbreiten. Das Ziel ist die Umgestaltung der teilweise veralteten Verkehrsgeleise und deren Anpassung an die Erfordernisse der heutigen Zeit, die Ausschaltung des ungesunden Wettbewerbs unter den einzelnen Trägern des öffentlichen Verkehrs zwecks möglicher Verbilligung der Tarife für Bevölkerung und Wirtschaft und die Motorisierung auch dieser Verkehrsmittel in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen unter besonderer Berücksichtigung der heimischen Erzeugung.

Endlich gehört insbesondere noch zu den Aufgaben des Beauftragten die Vorbereitung des berufsständischen Aufbaues, um auch diesen Wirtschaftszweig im künftigen Ständestaat des nationalen Reiches den Platz anzuweisen, der ihm gebührt und den die 150 000 in diesem Berufsstand tätigen Personen verlangen können.

Zur Frage der Gebäudendecksteuer

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden daß Hausbesitzer mit der Vornahme von Hausreparaturen zurückhalten in der Erwartung daß ein entsprechender Nachlaß der Gebäudendecksteuer bei Vornahme von Erneuerungsarbeiten in Aussicht stehe, der für die Hausbesitzer größere Vorteile bietet als die zurzeit gewährten Reichsausschüsse. Solche Erwägungen hemmen nicht nur den Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern beruhen auch auf irrtümlichen Voraussetzungen. Die unter den heutigen Verhältnissen vertretbaren Erleichterungen der Gebäudendecksteuer sind in der Aenderuna der Vollzugsverordnung zum Gebäudendecksteuergesetz v. 22. April 1933 vorgelesen, darüber hinaus kann mit einem Abbau der Gebäudendecksteuer nicht gerechnet werden.

Sendungen nationalen Charakters im Schulfunk. Das Unterrichtsministerium weist in seinem Amtsblatt sämtliche Schulen darauf hin, daß die für den laufenden Sommer im Schulfunk vorgegebenen Sendungen „Kulturelles aus der Heimat“, die den Abschluß der heimatkundlichen Sendungen der letzten zwei Halbjahre bilden sollten, zurückgestellt und durch Sendungen nationalen Charakters ersetzt werden. Damit soll erreicht werden, daß innerhalb des Funkbereiches des Südbundes auch die Schüler bis hinaus in das entlegene Dorf weitgehend mit dem Geiste der nationalen Erhebung, mit den Trägern derselben und mit der durch die nationale Erhebung erfolgten Verämelung des deutschen Volkes zu einer nationalen Einheit vertraut gemacht werden. In den Schulen die zur Abhör des Schulfunks innerhalb des Unterrichts keine Möglichkeit haben, sind die Schüler auf die jeweilige Vorforderung am Montag besonders hinzuweisen, damit sie, falls sie sonstige Gelegenheiten zur Abhör haben sich außerhalb der Schule an den Sendungen beteiligen. Die Sendungen sind jeweils Dienstags 10.40 Uhr, die Vorforderungen Montags 18 Uhr.

Landesverbandstagung ehem. Polizeibeamter. Am Samstag, den 3. Juni d. J., findet in Karlsruhe die erste große Tagung des neugegründeten Landesverbandes ehem. badischer Polizeibeamter statt. In dieser Tagung werden Vertreter sämtlicher badischen Polizeistandorte vertreten sein. Die ehem. Polizeibeamten gehören in erster Linie mit zu den Staatsbeamten, die sich in schwerster Notzeit des Staates voll und ganz zur Verfügung stellen und sich heute zum großen Teil in bedrängter Lage befinden. Möge diese Tagung von Erfolgen gekrönt sein, so daß es dem Landesverband gelingt, auch in dieser Richtung alten Rechten zur Geltung zu verhelfen.

Einstellung von Postsupernumeraren. Bei der Deutschen Reichspost wird zurzeit eine geringe Zahl von Anwärtern für den gehobenen mittleren Postfachdienst (Postsupernumerare) eingestellt. Für die Annahme ist mindestens Unterprimarstufe erforderlich. Es kommen jedoch zunächst nur Bewerber in Frage, die die Reifeprüfung an einer neuerrichteten öffentlichen höheren Lehranstalt seit Frühjahr 1932 mit gutem Ergebnis bestanden haben. Einstellungsausschüsse sind bis spätestens 15. Juni an die Oberpostdirektion zu richten, in deren Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat.

Langensteinsbach (Schlageter-Felder). Am vergangenen Freitagnachmittag hörte der hiesige Freiwillige Arbeitsdienst einen 1-stündigen Vortrag eines Führers über das Thema „Das frühere deutsche kaiserliche Heer“ an. Im Anschluß daran fand eine kurze aber würdige Schlageter-Gedenkfeier statt. Den Abschluß bildete das Deutschlandlied.

Eingefandt

Zu der unter „Stimmen aus dem Publikum“ in Nr. 123 des Blattes vom 29. Mai 1933 erschienenen Notiz „Schreiende Reklame“ bezüglich des Reklameschildes in der Stadt, Anlage vor der Schiller-Schule wird vom Bürgermeisteramt folgendes mitgeteilt:

Die Firma Rhenanian-Diag, Mineralölwerke A.G. in Ludwigsbafen, die ihre Tankstelle an der Karlsruherstraße beim Anwesen Glaser schon längere Zeit an einen hiesigen Einwohner vermietet hat, erhielt bereits unterm 1. März 1933, also längere Wochen bevor die Pflanzung einer Hindenburg-Eiche in dieser Anlage erwogen und beschlossen wurde, vom Gemeinderat die Erlaubnis, als Hinweis auf diese Tankstelle in der Stadt, Anlage vor der Schiller-Schule einen Reklameschild aufzustellen, wie dies auch bereits bei sonstigen Firmen an anderen Stellen zugelassen war. Die Aufstellung der Tafel ist jedoch durch die Firma erst erheblich später, und zwar nach der inzwischen erfolgten Pflanzung der Hindenburg-Eiche und ohne die zur Errichtung der Tafel noch notwendige, beim Bezirksamt einzuholende bau-polizeiliche Genehmigung erfolgt. Da durch die Aufstellung des Reklameschildes der Blick auf die Hindenburg-Eiche gestört wird und die Verfassung des Schildes sich mit der Würde des Platzes selbstverständlich auch nicht verträgt, hat der Gemeinderat alsbald, nachdem ihm die Aufstellung der Tafel bekannt wurde, die unterm 1. 3. 1933 erteilte Erlaubnis zurückgenommen und die Firma Rhenanian-Diag aufzufordern, den Reklameschild sofort zu entfernen; sie hat dies auch zugelegt und inzwischen auf wiederholte Aufforderung die Entfernung des Schildes nunmehr auch durchgeführt.

Was die Verschandelung der Landschaft bzw. des Ortsbildes durch unangebrachte Reklame im Bereich des Amtsbezirks Ettlingen allgemein anbelangt, so ist das Bezirksamt Ettlingen a. St. mit der Nachprüfung der Reklamerhältnisse in dieser Hinsicht beschäftigt.

Briefkasten

Anfrage wegen Entzugs von Fettkarten. Bisher war ich Wohlfahrtsempfänger und ausgeheuert. Seit acht Tagen habe ich Arbeit in einem Steinbruch bekommen. Die Arbeitsmöglichkeit hängt natürlich auch vom Wetter ab was gerade in der letzten Zeit eine Rolle spielt. — Dadurch daß ich bin unbekannt Arbeit bekommen habe, will man mir die ausgegebenen Fettkarten entziehen. Ist das unter diesen Umständen möglich?

Antwort: Eine Entziehung bereits ausgegebener Karten ist im Gesetz nicht vorgesehen.

